



BD24
BERLIN DIREKT
VERSICHERUNG AG
GESCHÄFTSJAHR
2017

www.berlin-direktversicherung.de

BD24



Berlin Direkt
Versicherung

**BD24
Berlin Direkt
Versicherung AG**

Jahresabschluss 2017

vorgelegt zur ordentlichen Hauptversammlung
am 27. April 2018

Organe

Aufsichtsrat

Eberhard Sautter
Vorsitzender
Dipl.-Math.
Vorstandsvorsitzender
HanseMercur Versicherungsgruppe
Hamburg

Eric Bussert
stellv. Vorsitzender
Dipl.-Kaufm., Dipl.-Ök.
Vorstandsmitglied
HanseMercur Versicherungsgruppe
Wohltorf

Holger Ehses
Dipl.-Math., Dipl.-Kfm.
Vorstandsmitglied
HanseMercur Versicherungsgruppe
Hamburg

Vorstand

Dr. Mirko Kühne
Berlin
(ab 01.01.2018)

Claudia Seel
Dipl.-Volksw.
Berlin
(bis 31.12.2017)

Jürgen Strahl
Berlin

Prokuristen

Angela Garden
Thorsten Wodarz

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2017 die Geschäftsführung entsprechend der nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in regelmäßigen Sitzungen sowie aufgrund schriftlicher Berichterstattung laufend umfassend von der geschäftlichen Entwicklung und von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unterrichtet. Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats über wesentliche Geschäftsvorfälle laufend unterrichtet. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft wurden in den Sitzungen des Aufsichtsrats eingehend erörtert. Dies schloss insbesondere auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement mit ein.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend über die Neugeschäftsentwicklung sowie über die Auswirkungen der Kapitalmarktentwicklung und über Sicherungsmaßnahmen informiert. Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat zusammen mit dem Vorstand eingehend mit der strategischen und operativen Unternehmensplanung sowie der mittel- und langfristigen Unternehmensentwicklung befasst. Die aktuellen und anstehenden wesentlichen Projekte und Vorhaben hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand berichten lassen und umfassend behandelt. Zudem hat sich der Aufsichtsrat mit der Situation der Gesellschaft nach Solvency II und in diesem Zusammenhang mit dem ORSA Bericht auseinandergesetzt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Vorstands sowie das vom Vorstand eingerichtete Risikofrüherkennungssystem (§ 91 Abs. 2 AktG) sind vom Abschlussprüfer, der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg geprüft worden. Es wurden keine Beanstandungen erhoben, so dass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers sofort erhalten. Der Abschlussprüfer hat an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Den Bericht des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat ausführlich erörtert und zustimmend zur Kenntnis genommen. Das abschließende Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat sieht daher keinen Anlass, Einwendungen gegen die Geschäftsführung oder den vorgelegten Jahresabschluss zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den vom

Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in der heutigen Sitzung gebilligt und damit gemäß § 172 AktG festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG sowie den hierzu von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, gemäß § 313 AktG erstatteten Prüfungsbericht vorgelegt.

Der entsprechende Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers lautet wie folgt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass
–die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
–bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über die Beziehungen zu den verbundenen Unternehmen geprüft und von dem hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers zustimmend Kenntnis genommen. Bemerkungen sind nicht zu machen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat begrüßt grundsätzlich das mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex verfolgte Ziel einer verantwortungsvollen Unternehmensführung und –kontrolle. Da die Konzernobergesellschaft dem Kodex aufgrund ihrer Rechtsform nicht unterliegt und von ihr sämtliche mittelbaren und unmittelbaren Anteile der Gesellschaft gehalten werden, findet der Kodex als solcher keine verpflichtende Anwendung.

Der Aufsichtsrat dankt allen Beteiligten für die erbrachten Leistungen und die erreichten Arbeitsergebnisse im Berichtsjahr 2017.

Hamburg, 27. April 2018

Der Aufsichtsrat



Eberhard Sautter
Vorsitzender

Lagebericht

Das Marktumfeld

Online Reisemarkt

Seit Jahren zeichnet sich ein deutlicher Trend zu individuell organisierten Reisen ab. Immer mehr Reisende stellen sich ihre Urlaubsleistungen selbständig im Internet auf unterschiedlichen Portalen zusammen, ohne ein Reisebüro oder einen Reiseveranstalter - und damit die klassischen Partner des Reiseversicherungsvertriebs - zu kontaktieren.

Das zeigt auch die Trendanalyse des Verbands Internet Reisevertrieb e.V. (VIR) ab. Hiernach wurden 2006 noch 17 % aller Reisen online gebucht. 2017 hingegen bereits 45 %. Verglichen mit den klassischen Buchungswegen „persönlich vor Ort im Reisebüro“ sowie per Telefon, Brief oder Fax hat die Reisebuchung online das stärkste Wachstum zu verzeichnen.

Reisemarkt / Marktumfeld 2017

Auch 2017 bleibt Deutschland seinem Ruf als reisefreudige Nation weiter treu und ließ sich seine Reiselust durch politische Unsicherheiten nicht verderben. Dies zeigt sich auch im Reisebarometer des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) e.V.. Hiernach haben die deutschen Bundesbürger 2017 mehr als 1,68 Mrd. Reisetage auf Kurztrips und längeren Reisen verbracht und liegen damit knapp ein Prozent über dem Vorjahr. Hinsichtlich der Ausgaben für ihre Reisen haben die Deutschen insgesamt gut 69 Mrd. EUR für ihre Erholung ausgegeben - zwei Prozent mehr als noch 2016. Dabei haben sie ähnlich wie noch im Vorjahr etwa 69 Mio. Reisen unternommen. Noch nicht eingerechnet sind dabei Kurz-, Geschäfts- und sonstige Reisen.

Wie schon in den Vorjahren waren politische Krisen ein wichtiger Faktor bei der Auswahl des Reiseziels. So wurde der Reisemarkt z.B. durch Anschläge in Ägypten, London, Paris und Barcelona geschwächt. Auch die weiterhin angespannte politische Lage in der Türkei stellte die deutsche Reisebranche vor Herausforderungen. So schafften es einer Studie der IPSOS (für die Europ Assistance) zufolge die Destinationen Türkei und Ägypten wie auch schon im Vorjahr nicht unter die Top 3 der beliebtesten ausländischen Reiseziele der Deutschen. Die vorderen Plätze unter den beliebtesten Reisezielen belegten stattdessen Spanien, Italien sowie Griechenland gleichauf mit Österreich.

Wie auch schon 2016 bleibt Deutschland des Deutschen liebstes Reiseland. So ziehen in einer Studie der Stiftung für Zukunftsfragen gut 23 % der befragten Personen Deutschland als bevorzugtes Reiseland in Betracht.

Nicht nur bei den Deutschen selbst, sondern auch im Incoming-Bereich liegt Deutschland weiter hoch im Kurs. Dem statistischen Bundesamt (Destatis) zufolge kamen in den ersten 11 Monaten des Jahres 2017 etwa 78,0 Mio. Übernachtungsgäste aus dem Ausland. Das entspricht einem Plus von 4 % gemessen am entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit schätzungsweise 459 Mio. Übernachtungen wird 2017 nach Angaben des statistischen Bundesamtes (Destatis) der Deutschlandtourismus im Vergleich zu 2016 um rund 3 % zulegen.

Nach einer Studie der IPSOS (für die Europ Assistance) sank bei gleichbleibender Reiselust der Deutschen die Bereitschaft mehr Geld als noch im Vorjahr für ihre Reisen in die Hand zu nehmen. So werden laut der IPSOS durchschnittlich 2.297 EUR (Vorjahr: 2.468 EUR) für den Jahresurlaub verplant, damit durchschnittlich 171 EUR weniger als noch im Vorjahr.

Prognose 2018 (Marktumfeld / Reisemarkt)

Folgt man der Prognose des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) e.V. erwartet die deutsche Reiseindustrie ein gutes Tourismusjahr. So wird die Bereitschaft der Deutschen in 2018 Geld für Reisen auszugeben um voraussichtlich 1,5 % steigen. Nach Aussage des BTW liegt das vor allem an den günstigen Konsumrahmenbedingungen wie z.B. steigenden Reallöhnen, geringer Arbeitslosigkeit und niedriger Sparneigung. Allerdings könnte insbesondere die schwierige Sicherheitslage in bislang sehr beliebten Destinationen, wie z.B. Ägypten, weiterhin zu Verschiebungen in der Reiseindustrie führen. Es ist davon auszugehen, dass das Thema Sicherheit bei der Wahl des Reiseziels auch in 2018 eine wesentliche Rolle spielen wird. Damit würden auch in 2018 die „klassischen“ Reiseländer Griechenland, Spanien und Italien davon profitieren. Auch Deutschland wird weiterhin als attraktives Reiseland im Fokus stehen. Dies dürfte dem seit Jahren schon wachsenden Reisemarkt in Deutschland zuträglich sein und 2018 zu einem weiteren erfolgreichen Jahr für den Deutschlandtourismus machen.

Geschäftsverlauf

Die BD24 Berlin Direkt Versicherung AG konnte im Geschäftsjahr 2017 durch die zunehmende Stabilisierung ihres Neugeschäfts an der Entwicklung in der Tourismusbranche partizipieren.

Beitragseinnahmen

Die Beitragseinnahmen der Gesellschaft beliefen sich auf 23,0 Mio EUR. Davon entfielen 17,5 Mio EUR auf die Sparte Reiserücktritt. Die Beitragseinnahmen für die Sparte Reisekranken beliefen sich auf 3,5 Mio EUR und die gebuchten Beiträge in den übrigen Sparten (Reisegepäck, Notfall, Reise-Unfall und Reise-Haftpflicht) betragen 2,0 Mio EUR.

Gebuchte Bruttobeiträge			
in T EUR	2017	2016	%
Nach Art der Sachversicherung	19.554	23.659	- 17,4
Krankenversicherung	3.463	3.901	- 11,2
	23.017	27.560	- 16,5

Ertragsentwicklung

Kostenentwicklung

Im Jahr 2017 wurden rund 18,8 Mio EUR für Versicherungsfälle und den Versicherungsbetrieb aufgewendet.

Schadenentwicklung

Die Brutto-Schadenquote einschließlich der Schadenregulierungskosten für das gesamte Reiseversicherungsgeschäft beträgt 19,9 %. In der Sparte Reiserücktritt liegt die Schadenquote bei 19,1 % und in der Sparte Reisekranken bei 23,0 %.

Schadenquote (brutto)			
in %	2017	2016	%
Nach Art der Sachversicherung	19,3	21,3	- 9,4
Krankenversicherung	23,0	40,7	- 43,5
	19,9	23,9	- 16,7

Kapitalanlagen und Vermögenserträge

Die Weltwirtschaft befand sich im Jahr 2017 in einem synchron verlaufenden globalen Aufschwung. Daran partizipierten die Industrie- wie auch die Schwellenländer. Auch die USA trugen zum weltweiten Wachstum wieder spürbar bei. Dabei profitierten insbesondere die USA vom starken und beständigen Wachstum des privaten Verbrauchs. Die

Konjunkturdaten der Eurozone waren ebenfalls sehr robust. Der Außenhandel, der Konsum und auch die Investitionen trugen positiv zum Wachstum bei.

Die deutsche Wirtschaft befand sich in 2017 in einem starken Aufschwung und wuchs erheblich schneller als das Produktionspotential. Angetrieben durch eine lebhaftere Nachfrage aus dem Ausland war die Industrie die treibende Kraft des Aufschwungs. Zahlreiche Stimmungsindikatoren wie der vom ifo Institut erhobene Geschäftsklimaindex oder der GfK - Konsumklimaindex erreichten neue Höchststände und bestätigten damit die hohe Zuversicht der Unternehmen. Der Arbeitsmarkt war erneut in sehr guter Verfassung und belebte den privaten Verbrauch spürbar.

Die Verbraucherpreise stiegen in 2017 stärker als im Vorjahr. Dies war u.a. auf höhere Rohölnotierungen und steigende Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Zunehmende Engpässe am Arbeitsmarkt führten ebenfalls zu steigenden Lohnzuwächsen.

Die freundlichen Konjunkturperspektiven in Verbindung mit einer expansiven Notenbankpolitik im Euroraum führten in 2017 zu einem positiven Kapitalmarktumfeld. Eine untergeordnete oder zumindest zeitlich begrenzte Rolle spielten im Verlauf des Jahres die geopolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit Nordkorea, die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens oder die andauernden Brexit-Verhandlungen. Auch verunsicherten die Wahlen in Frankreich, den Niederlanden oder in Deutschland nur kurz die Märkte. Im Oktober 2017 beschloss die EZB, das monatliche Volumen ihrer Anleihekäufe (Asset Purchase Programm) von EUR 60 Mrd. auf EUR 30 Mrd. ab Januar 2018 zu reduzieren. Gleichzeitig wurden die Leitzinsen im Berichtszeitraum unverändert belassen.

Steigende Unternehmensgewinne gaben dem europäischen Aktienmarkt in 2017 einen deutlichen Schub. Der DAX beendete das Jahr bei 12.917 Punkten und konnte somit rund 13 % zulegen.

Die 10jährige Bundesanleihe, welche in Deutschland als Benchmark gilt, schwankte über das Jahr in einem relativ engen Band zwischen 0,16 und 0,50 %. Das Jahres-Zinstief bei 0,16 % wurde mehrfach im 1. Halbjahr getestet, aber nicht mehr unterschritten. Das Jahreshoch erreichte der Zins im Sommer mit 0,62 %. Zum Jahresende gaben die Zinsen wieder leicht nach und beendeten das Jahr bei 0,43 %.

Lagebericht

Der Bestand an Kapitalanlagen stieg im Berichtsjahr um 27,5 % von 12,9 Mio EUR auf 16,4 Mio EUR. Zum Jahresende betrug der Marktwert 18,6 Mio EUR.

Der Marktwert der festverzinslichen Wertpapiere und der sonstigen Ausleihungen betrug zum 31. Dezember 2017 14,3 Mio EUR (Vj. 11,6 Mio EUR). Bezogen auf den Marktwert aller Kapitalanlagen sind das 76,8 % (Vj. 78,2 %).

Der Marktwert der Aktienpositionen belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 0,9 Mio EUR (Vj. 0,4 Mio EUR) und entsprach somit 4,8 % (Vj. 2,9 %) des Marktwertes der Kapitalanlagen.

Im Bereich Immobilien weist die BD24 zum Jahresende 2017 mit 2,8 Mio EUR eine Quote von 15,2 % (Vj. 4,5 %) auf Marktwertbasis aus.

Das Engagement in EU-Staaten mit verminderter Bonität (Portugal, Italien, Irland, Spanien) beträgt innerhalb der Marktwerte des direkten und indirekten Kapitalanlagebestandes 10,4 % (Vj. 7,9 %). Durch die Bewertung nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Kurswerten zum 31. Dezember 2017 wurden zudem alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Die Nettoerträge der Kapitalanlagen, also die Bruttoerträge vermindert um die Aufwendungen für Kapitalanlagen, beliefen sich auf 0,6 Mio EUR (Vj. 1,1 Mio EUR). Es wurde eine Nettoverzinsung von 3,95 % (Vj. 6,6 %) erzielt. Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen beliefen sich auf 0,4 Mio EUR (Vj. 0,4 Mio EUR). Die laufenden Erträge saldiert mit den Verwaltungskosten führten zu einer laufenden Durchschnittsverzinsung von 2,8 % (Vj. 2,2 %).

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft konnte im aktuellen Geschäftsjahr ein positives versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von 1.133,5 T EUR (Vj. 980,0 T EUR) erzielen. Unter Berücksichtigung des Kapitalanlageergebnisses in Höhe von 579,0 T EUR (Vj. 1.079,5 T EUR) und des sonstigen Ergebnisses in Höhe von -160,4 T EUR (Vj. -215,8 T EUR) ergibt sich ein Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.552,1 T EUR (Vj. 1.843,7 T EUR).

Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 1.100,0 T EUR (Vj. 1.320,0 T EUR). Unter Berücksichtigung der Einstellung in die gesetzliche Rücklage von 55,0 T EUR (Vj. 66,0 T EUR) ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 1.045,0 T EUR (Vj. 1.254,0 T EUR), der vollständig ausgeschüttet werden soll.

Ergänzende Angaben

Unsere Partner in der Rückversicherung

Im Geschäftsjahr 2017 bestanden Rückversicherungsverträge mit der Deutsche Rückversicherung AG, Düsseldorf; DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungsgesellschaft AG, Köln; E+S Rückversicherung AG, Hannover; General Reinsurance AG, Köln; HanseMercur Allgemeine Versicherung AG, Hamburg; HanseMercur Reiseversicherung AG, Hamburg; Ingosstrakh Insurance Company, Moskau; Liberty Syndicates, Köln, On behalf of Lloyd's Syndicate 4472, London; R+V Versicherung AG, Wiesbaden; SCOR Global Life Deutschland, Niederlassung der SCOR Global Life SE, Köln und Swiss Re Europe S.A. Niederlassung Deutschland, München.

Verbandszugehörigkeit

Die BD24 Berlin Direkt Versicherung AG ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die HanseMercur Versicherungsgruppe besteht aus acht Versicherungsunternehmen. An der Spitze steht die HanseMercur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit. Sie ist Alleinaktionärin der HanseMercur Holding AG, die wiederum jeweils 100 % der Aktien der übrigen Versicherungsunternehmen hält. Im Einzelnen sind dies die HanseMercur Krankenversicherung AG, die HanseMercur Lebensversicherung AG, die HanseMercur Allgemeine Versicherung AG, die HanseMercur Reiseversicherung AG, die HanseMercur Speziale Krankenversicherung AG, die BD24 Berlin Direkt Versicherung AG und die Advigon Versicherung AG. Im Geschäftsjahr 2017 wurde die HanseMercur24 Lebensversicherung AG auf die HanseMercur Lebensversicherung AG verschmolzen.

Darüber hinaus ist die HanseMercur Holding AG Alleinaktionärin der HVP Hanse Vertriebspartner AG, der HM Trust AG und der HanseMercur Grundvermögen AG. Hinzu kommen Mehrheitsbeteiligungen an verschiedenen Immobilien-, Service- und Vertriebsgesellschaften, die ebenfalls zum Kreis der verbundenen Unternehmen (§ 18 Abs. 1 AktG) gehören.

Gegen Entgelt werden innerhalb der HanseMercur Versicherungsgruppe die wesentlichen Verwaltungsaufgaben unter Einbeziehung des Mutterunternehmens durch die HanseMercur Krankenversicherung AG erbracht. Davon ausgenommen sind wesentliche Teile der Vermögensverwaltung der Versicherungsunternehmen, die auf die HM

Trust AG und die HanseMercur Grundvermögen AG ausgelagert wurden.

In den Organen der verbundenen Unternehmen besteht teilweise Personalunion.

Gemäß § 312 AktG wurde ein Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt, der mit folgender Erklärung schließt:

„Der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die ihm zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die aufgeführten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt. Maßnahmen, durch die die Gesellschaft benachteiligt wurde, wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Mitarbeiter

Die BD24 Berlin Direkt Versicherung AG beschäftigt keine Mitarbeiter und verfügt über keine eigene Vertriebsorganisation.

Für die im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 erbrachten Leistungen danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HanseMercur Versicherungsgruppe.

Risikoberichterstattung

Risikomanagementprozess

Die HanseMercur Versicherungsgruppe bietet ihren Kunden individuelle Produkte zur finanziellen Absicherung für den Schaden- und Vorsorgefall. Die dauerhafte Erfüllbarkeit der künftigen Verpflichtungen den Kunden gegenüber hat höchste Priorität und findet in einem angemessenen Risikomanagement Niederschlag.

Seit 1. Januar 2016 gilt für alle Versicherungsunternehmen das europäische Aufsichtsregime Solvency II. Den Kern von Solvency II bilden risikobasierte Vorschriften zur Kapitalausstattung, die eine dauerhafte Erfüllbarkeit der Versicherungsverpflichtungen sicherstellen sollen. Hierfür müssen die Eigenmittel des Versicherungsunternehmens stets die Solvenzkapitalanforderung, die sich aus dem Risikoprofil der Gesellschaft ergibt, bedecken.

Darüber hinaus umfassen die Vorschriften auch prinzipienbasierte Vorgaben zum Governance-System inklusive des Risikomanagements. Abschließend soll eine potenzielle Bestandsgefährdung der Versicherungsunternehmen durch

eine erweiterte Berichterstattungspflicht gegenüber der Aufsicht und der Öffentlichkeit reduziert werden.

Die HanseMercur Versicherungsgruppe und ihre Einzelgesellschaften verfolgen als Versicherungsunternehmen unter Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben den Grundgedanken des Risikoausgleichs im Kollektiv. Um dies dauerhaft sicherzustellen, entwickelt sie ihr Risikomanagement stetig weiter. Dabei haben alle Gesellschaften ein Risikomanagementsystem eingerichtet und dokumentiert.

An der Spitze des Risikomanagementsystems steht die aus der Unternehmensstrategie abgeleitete Risikostrategie. Die Risikostrategie bildet die Grundlage des risikoorientierten Handelns innerhalb der HanseMercur Versicherungsgruppe. Sie beschreibt den Umgang mit den sich aus der Unternehmensstrategie ergebenden Risiken sowie die Fähigkeit der Unternehmung, neu hinzukommende Risiken zu tragen. Die eingegangenen Risiken und ihre Verflechtungen stellen das individuelle Risikoprofil dar. Mit Hilfe eines Risikomodells (der Standardformel von Solvency II) wird dieses Risikoprofil bewertet, den anrechenbaren Eigenmitteln gegenübergestellt und so die Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken für den Betrachtungszeitraum nachgewiesen. Zudem wird das aufsichtsrechtliche Modell validiert und in Teilen angepasst, um zu einer eigenen Risikoeinschätzung zu gelangen (Gesamtsolvabilitätsbedarf).

Um die Risikotragfähigkeit laufend zu überwachen, wird ein hierarchisches Limitsystem eingesetzt. Dieses belegt einzelne Risikokategorien bis hin zu Einzelrisiken mit regelmäßig zu überwachenden Grenzwerten. Jedem Risiko sind dabei individuelle Indikatoren zugeordnet, die zudem eine Veränderungstendenz frühzeitig anzeigen. Entwicklungen, welche die Risikotragfähigkeit nachhaltig verändern könnten, werden so umgehend dem Management bekannt und die Risikotragfähigkeit laufend abgesichert. Das Limitsystem wird dabei konsistent bis in die operativen Bereiche fortgeführt.

Im Rahmen des so implementierten Risikomanagementprozesses werden Risiken identifiziert, analysiert und bewertet, intern kommuniziert sowie laufend gesteuert und dokumentiert.

Die Steuerung des Risikoprofils erfolgt über ein Risikokomitee, zu dessen Mitgliedern unter anderem die gesamte Geschäftsleitung der Holding, der Verantwortliche Aktuar und die Inhaber der Compliance-, der Risikocontrolling- und der versicherungsmathematischen Funktion zählen. Dieses

Lagebericht

Komitee tritt in regelmäßigen Zeitabständen zusammen; es überwacht die Risikolage auf Ebene des Gesamtrisikos.

Die Risikosteuerung auf Ebene des Einzelrisikos liegt in der Verantwortung der Fachbereiche. Die von der Risikosteuerung unabhängige Risikokontrolle/-überwachung wird durch die Risikocontrollingfunktion wahrgenommen. Über die als wesentlich identifizierten Risiken sowie die fokussierten Risiken erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an das Risikokomitee und damit den Gesamtvorstand. Zudem wird die Risikoberichterstattung im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA - Own Risk and Solvency Assessment) auf Gruppenebene und für jedes Versicherungsunternehmen sichergestellt. Die Ergebnisse aus der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung münden jährlich in einem Bericht, dem sogenannten ORSA-Bericht, der vom Vorstand genehmigt und dem Aufsichtsrat sowie der Aufsicht zur Verfügung gestellt wird.

Darüber hinaus sind in 2017 im Rahmen der Berichterstattungspflicht unter Solvency II zwei neue Berichte erstmalig erstellt worden, einerseits an die Aufsicht (RSR - Regular Supervisory Reporting- regelmäßiger aufsichtlicher Bericht) und andererseits an die Öffentlichkeit (SFCR - Solvency and Financial Condition Report - Solvabilitäts- und Finanzbericht) adressiert.

Wichtig für die Funktionsfähigkeit des installierten Risikomanagementsystems ist das Zusammenspiel der Gesamt- und der Einzelrisikoebene bzw. der strategischen und operativen Ebene. Diese Aufgabe nimmt die unabhängige Risikocontrollingfunktion wahr, indem sie die Prozesse auf beiden Ebenen koordiniert und das Ineinandergreifen verantwortet.

Die Interne Revision prüft jährlich die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems der HanseMerkur Versicherungsgruppe und begleitet dessen Weiterentwicklung. Darüber hinaus prüft die Interne Revision in regelmäßigen Abständen die Angemessenheit und Funktionsfähigkeit der internen Kontrollsysteme sowie Limite und berichtet dem Vorstand hierüber.

Die Compliance-Funktion überwacht die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen sowie der aufsichtsrechtlichen Anforderungen innerhalb der HanseMerkur Gruppe.

Anliegen des Risikomanagements ist es zum einen, das Risikoprofil zu analysieren und wesentliche Risiken, die sich nachhaltig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des

Unternehmens auswirken, frühzeitig zu erkennen und ihnen durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Zum anderen trägt eine aktive Risikokommunikation dazu bei, dass ein Risikobewusstsein bei allen Mitarbeitern des Unternehmens gefördert und auf diese Weise Teil der Unternehmenskultur wird.

Risiken der Kapitalanlage, des Marktes, der Bonität und der Liquidität

Das Primärrisiko bei der Kapitalanlage besteht für einen Kompositversicherer darin, den für die ausreichende Erfüllung der versicherungstechnischen Verpflichtungen erforderlichen Kapitalerhalt sicher zu stellen. Die Erzielung eines ausreichenden Nettokapitalertrags ist nur in begrenztem Umfang für Zwecke der Versicherungstechnik (u. a. Rentendeckungsrückstellung) erforderlich.

Bei den festverzinslichen Wertpapierbeständen ist die Kreditbeurteilung von zentraler Bedeutung für das Management der Bonitätsrisiken, wobei eine risikoarme Anlagestrategie stets im Vordergrund steht. Entscheidend ist dabei die Qualität des Emittenten oder der jeweiligen Emission, die sich nach den Anlagegrundsätzen der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG vor allem in der Bewertung internationaler Ratingagenturen widerspiegelt. Alle direkt gehaltenen Zinsträger hatten dabei auf Basis der Buchwerte folgende Ratingverteilung:

Ratingstruktur (In Mio EUR)	Buchwert	Zeitwert
AAA	4,88	5,78
AA	2,00	2,51
A	1,89	2,32
BBB	2,62	2,79
BB - C	0,84	0,89
ohne Rating	0,00	0,00
Insgesamt	12,23	14,29

Die Ratings basieren alle auf externen Bewertungen.

Bonitätsrisiken im Anlageportefeuille werden auf der Grundlage eines Kontrahentenlimitsystems gemessen und limitiert. Dieses Limitsystem, mit dem die Ausfallrisiken gegenüber einzelnen Emittenten minimiert werden, berücksichtigt eine Vielzahl von Faktoren. Dazu gehören der Credit Default Swap des Emissionslandes, die Qualität der Besicherung und der jeweiligen Emission, die Branche sowie die intern definierte Risikobereitschaft.

Die Emittentenstruktur aller direkt gehaltenen Zinsträger auf Basis der Nominalwerte stellt sich wie folgt dar:

Besicherungsstruktur

(In Mio EUR)	Buchwert	Zeitwert
1. öffentliche Anleihen mit umfassender Staatshaftung	8,38	9,70
2. gesetzliche Deckungsmasse und dingliche Sicherung	3,85	4,59
3. Einlagen- und Institutssicherung, Gewährträgerhaftung	0,00	0,00
4. Vorrangig unbesicherte Kapitalanlagen	0,00	0,00
5. Nachrangige Kapitalanlagen ohne lfd. Verlustbeteiligung	0,00	0,00
6. Genussrechte, stille Beteiligungen	0,00	0,00
Insgesamt	12,23	14,29

Aufgrund der finanziellen Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft ist ein großer Teil des Portfolios in festverzinslichen Anlagen angelegt. Der Schwerpunkt liegt hier auf europäischen Staatsanleihen.

Zum Jahresende 2017 lag der Buchwert der Staatsanleihen der PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) bei 11,3 % des Buchwertes der Kapitalanlagen.

Emissionen von Staaten mit verminderter Bonität der EURO-ZONE

(In Mio EUR)	Buchwert	Zeitwert
1. Portugal	0,34	0,35
2. Italien	0,58	0,58
3. Irland	0,28	0,32
4. Griechenland	0,00	0,00
5. Spanien	0,66	0,68
Insgesamt	1,86	1,93

Dem Liquiditätsrisiko der Gesellschaft wird durch den Einsatz einer DV-gestützten Liquiditätsplanung entgegengewirkt, die alle wesentlichen Ein- und Auszahlungsströme sowohl aus der Versicherungstechnik als auch aus dem Kapitalanlagebereich erfasst.

Zur Begrenzung der Markt- und Kreditrisiken erfolgt unternehmensübergreifend für die gesamte HanseMercur Versicherungsgruppe eine fortlaufende Überwachung der Kumul- und Konzentrationsrisiken. Hierbei wird auf eine breite Mischung von Anlageklassen als auch auf eine breite Streuung von Emittenten geachtet. Risikokonzentrationen,

die sich durch unvermeidbare externe Einflüsse (Fusionen, Übernahmen, etc.) ergeben, werden überwacht und aktiv abgebaut. Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit sind hiermit nicht verbunden.

Eine Asset-Liability-Interaktion macht es möglich, Auswirkungen von Kapitalmarktentwicklungen auf die Versicherungsbilanz und die Solvabilität der Gesellschaft abzuleiten.

Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken entfallen auf die Bereiche Tarifwerk und Zeichnungspolitik. Die Risiken hinsichtlich des Tarifwerkes werden durch regelmäßige Bestands- und Schadenuntersuchungen minimiert. Dabei werden auch alle weiteren Rechnungsgrundlagen überprüft, eine angemessene Reservepolitik und eine ausreichende Solvabilitätsbedeckung beachtet.

Ausfallrisiken

Die Risiken aus Forderungsausfällen gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Liquidität des Unternehmens werden als gering eingestuft.

Operationale Risiken

Operationale Risiken beschreiben die Gefahr von Verlusten als Folge von Unzulänglichkeiten oder des Versagens von Menschen, internen Prozessen oder Systemen sowie aufgrund externer Ereignisse.

Da der Großteil der Geschäftsprozesse und Aufgaben in der HanseMercur Versicherungsgruppe von der Informations- und Kommunikationstechnik (IT) abhängig ist, bilden die Risiken im IT-Bereich den Schwerpunkt der operativen Risiken.

Die Risiken im IT-Bereich liegen in einem Teil- oder Gesamtausfall der IT- und Kommunikationssysteme bzw. in der Gefährdung der Informationssicherheit. Zum Schutz werden fortlaufend die Maßnahmen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der Hard- und Softwaresysteme sowie zur Informationssicherheit verbessert. Die Maßnahmen betreffen die Gebäude-Infrastruktur und Energieversorgung, die Netzwerke, sämtliche zentralen IT-Komponenten, die Datenhaltung und -sicherung, den Einsatz von Schutzmechanismen für die Informationssicherheit (z.B. Firewalls, Intrusion Detection/Intrusion Protection Systeme, Virens Scanner, ...), die Anwendungsentwicklung sowie organisatorische Maßnahmen zur Erhöhung der Informationssicherheit (z.B. Sensibilisierung der Mitarbeiter).

Lagebericht

Politische Risiken

Risiken aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen ergeben sich für ein Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen aufgrund möglicher Gesetzesänderungen, beispielsweise die Neufassung der Versicherungsvermittlerrichtlinie, sowie weiterer ähnlicher Veränderungen. Den Risiken wird durch Analyse der neuen Gesetzesanforderungen und darauf aufbauenden Maßnahmenplänen begegnet, beispielsweise in der Produktpolitik.

Risikobeurteilung

Die Anforderungen an die Kapitalausstattung nach Solvency II werden zum 31.12.2017 erfüllt. Insgesamt ergeben sich aus der Risikoanalyse keinerlei Hinweise auf eine Gefährdung des Fortbestandes der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG. Die Erreichung der strategischen Ziele hängt auch von der Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem wesentlichen Vertriebspartner ab.

Ausblick 2018 / Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die BD24 Berlin Direkt Versicherung AG behauptet sich als ideenreicher Online-Versicherer im Wettbewerb. Ein zentraler Erfolgsfaktor im schnelllebigen und wettbewerbsintensiven Internetgeschäft ist der Einsatz zeitgemäßer Technologien und Prozesse sowie wettbewerbsfähiger Produkte.

Im Zuge der Neuausrichtung der Kooperation mit dem wesentlichen Vertriebspartner der BD24 wird für 2018 von einem Zuwachs bei Beiträgen und Jahresüberschuss ausgegangen. Dies soll unter anderem durch die Erweiterung des Produktportfolios um weitere innovative Produkte und Verkaufsansätze erreicht werden. Geplant ist außerdem, die Markenbekanntheit der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG zu stärken. Möglich gemacht werden soll dies unter anderem durch die Ausweitung der vertrieblichen Maßnahmen im Direktvertrieb und Anbindung weiterer Vertriebspartner wie Startups und Online-Vertriebspartner im touristischen und non-touristischen Bereich.

Hamburg, 28. Februar 2018

Der Vorstand



Dr. Kühne



Strahl

Bilanz

31. Dezember 2017

Aktiva	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Kapitalanlagen		
Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.212.530,71	1.231.191,27
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.383.116,45	2.965.432,50
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	3.850.000,00	4.700.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.000.000,00	2.000.000,00
	5.850.000,00	6.700.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0,00	2.000.000,00
	16.445.647,16	12.896.623,77
B. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer	1.945.637,87	2.722.792,76
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft davon an verbundene Unternehmen: 10.057,00 (Vj. 29.412,00)	10.163,00	31.274,47
III. Sonstige Forderungen davon an verbundene Unternehmen: 0,28 (Vj. 3.325.187,65)	199.436,75	3.431.858,82
	2.155.237,62	6.185.926,05
C. Sonstige Vermögensgegenstände		
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	1.651.420,26	1.661.833,13
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	193.358,35	164.793,09
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	139.348,71	315.042,38
	332.707,06	479.835,47
Summe Aktiva	20.585.012,10	21.224.218,42

Passiva		Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Eigenkapital			
I. Eingefordertes Kapital			
1. Gezeichnetes Kapital	13.500.000,00		13.500.000,00
2. nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	5.000.000,00		5.000.000,00
	8.500.000,00		8.500.000,00
II. Gewinnrücklagen			
gesetzliche Rücklage (Einstellung aus dem Jahresüberschuss: 55.000,00 (Vj. 66.000,00))	206.000,00		151.000,00
III. Bilanzgewinn	1.045.000,00		1.254.000,00
davon Gewinnvortrag: 0,00 (Vj. 0,00)			
		9.751.000,00	9.905.000,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge			
1. Bruttobetrag	4.913.962,52		7.394.458,60
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.143.612,60		1.400.290,21
	3.770.349,92		5.994.168,39
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	1.105.184,26		1.264.120,66
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	140.451,00		170.050,00
	964.733,26		1.094.070,66
		4.735.083,18	7.088.239,05
C. Andere Rückstellungen			
I. Steuerrückstellungen	0,00		505.478,24
II. Sonstige Rückstellungen	138.000,00		232.000,00
		138.000,00	737.478,24
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	122.319,34		80.480,69
2. Versicherungsvermittlern	4.996.785,15		3.085.118,59
	5.119.104,49		3.165.599,28
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	37.143,00		23,39
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0,00 (Vj. 22,00)			
III. Sonstige Verbindlichkeiten	804.681,43		327.878,46
davon:			
aus Steuern: 208.741,86 (Vj. 262.138,21)			
gegenüber verbundenen Unternehmen: 529.858,82 (Vj. 65.081,46)			
		5.960.928,92	3.493.501,13
Summe Passiva		20.585.012,10	21.224.218,42

Gewinn- und Verlustrechnung

1. Januar bis 31. Dezember 2017

		Geschäftsjahr	Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	23.017.396,89		27.559.615,31
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>- 5.338.380,00</u>		<u>- 6.556.708,61</u>
	17.679.016,89		21.002.906,70
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	2.480.496,08		- 608.374,01
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>- 256.677,61</u>		<u>- 330.175,99</u>
	<u>2.223.818,47</u>		<u>- 938.550,00</u>
		19.902.835,36	20.064.356,70
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	- 5.237.100,10		- 6.546.048,36
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>678.068,00</u>		<u>899.130,00</u>
	- 4.559.032,10		- 5.646.918,36
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	158.936,40		113.915,89
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>- 29.599,00</u>		<u>- 32.749,00</u>
	<u>129.337,40</u>		<u>81.166,89</u>
		- 4.429.694,70	- 5.565.751,47
3. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	- 18.928.447,87		- 19.080.346,28
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	<u>4.588.852,00</u>		<u>5.561.704,00</u>
		- 14.339.595,87	- 13.518.642,28
4. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			
		1.133.544,79	979.962,95

		Geschäftsjahr	Vorjahr
Übertrag versicherungstechnisches Ergebnis		1.133.544,79	979.962,95
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	458.920,46		398.812,75
b) Erträge aus Zuschreibungen	101.322,97		0,00
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	214.388,74		925.136,75
	774.632,17		1.323.949,50
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	- 42.383,20		- 40.335,26
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	- 17.807,41		- 56.104,08
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	- 135.462,96		- 148.011,02
	- 195.653,57		- 244.450,36
		578.978,60	1.079.499,14
3. Sonstige Erträge	19.290,07		46.898,20
4. Sonstige Aufwendungen	- 179.698,76		- 262.680,59
		- 160.408,69	- 215.782,39
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.552.114,70	1.843.679,70
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 452.114,70	- 523.679,70
7. Jahresüberschuss		1.100.000,00	1.320.000,00
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
in die gesetzliche Rücklage		- 55.000,00	- 66.000,00
9. Bilanzgewinn		1.045.000,00	1.254.000,00

Hinweis: Aufwendungen sind zusätzlich durch ein Minuszeichen vor dem Betrag gekennzeichnet.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips, soweit die Wertpapiere nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341b Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden nach dem Wahlrecht gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auch bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung zum 31. Dezember 2017 grundsätzlich mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Bei Inhaberschuldverschreibungen wurde nicht unter den Nominalwert abgeschrieben, soweit keine Zweifel an der Bonität des Emittenten bestehen.

Soweit Gründe für eine in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibung nicht mehr bestehen, wurden gem. § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Börsenkurs bis höchstens zum Anschaffungswert vorgenommen.

Namenschuldverschreibungen Schuldscheinforderungen und Darlehen

Der Ausweis der Namensschuldverschreibungen erfolgte jeweils zum Nennbetrag. Agio- und Disagiobeträge wurden aktivisch/passivisch abgegrenzt und entsprechend der jeweiligen Laufzeit der Ausleihungen erfolgswirksam aufgelöst.

Die anderen Forderungen wurden hingegen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag bewertet (§ 341c Abs. 3 i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB).

Die im Bestand befindlichen strukturierten Produkte wurden für Zwecke der Bilanzierung nicht zerlegt.

Einlagen bei Kreditinstituten

Es wurde jeweils der Nominalbetrag bilanziert.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Der Ausweis erfolgte mit dem Nominalbetrag. Die Pauschalwertberichtigungen wurden durch Schätzverfahren ermittelt und aktivisch abgesetzt.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Ausweis erfolgte mit dem Nominalbetrag.

Sonstige Forderungen

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Es wurde der Nominalwert aktiviert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Der Ausweis erfolgte zum Nominalbetrag.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Der Bewertung liegt ein Steuersatz von 30,18 % zugrunde; für Zwecke der Gewerbesteuer wurde dabei ein Hebesatz von 410 % berücksichtigt.

Passiva

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

Beitragsüberträge

Die Bruttobeitragsüberträge wurden für jeden Versicherungsvertrag einzeln pro rata temporis errechnet. Dabei wurden anteilig 85 % der Provisionen und sonstigen Vergütungen der Vertreter als nicht übertragungsfähige Teile von den Beitragsüberträgen gekürzt. Bei den Anteilen der Rückversicherer wurden entsprechend 92,5 % der Provisionen gekürzt.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden Versicherungsfall einzeln berechnet. Sie deckt die Entschädigung für Geschäfts- und Vorjahresschäden (inkl. Spätschäden) und die Schadenregulierungsaufwendungen. Regressforderungen wurden gekürzt. Eine Renten-Deckungsrückstellung war nicht zu bilden.

Die Rückversicherungsanteile für das abgegebene Versicherungsgeschäft wurden für jeden Versicherungsfall einzeln berechnet. Anteile an der Spätschadenrückstellung wurden prozentual entsprechend den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Für die Auslandsreise-Krankenversicherung erfolgte die Berechnung im Näherungsverfahren nach § 341g Abs. 3 HGB i. V. m. § 26 RechVersV. Dem Näherungsverfahren liegen die Zahlungen für Versicherungsfälle in den ersten 30 Arbeitstagen nach dem Abschlussstichtag zugrunde.

Sonstige Rückstellungen

Steuerrückstellungen

Die Wertansätze orientieren sich am voraussichtlichen Erfüllungsbetrag.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Beträge wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Währungsumrechnung

Soweit relevant, werden Jahresabschlussposten, die auf fremde Währung lauten, zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet.

Vermögensgegenstände/ Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als einem Jahr werden gegebenenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet, ohne das Anschaffungskosten- und Realisationsprinzip zu beachten (§ 256a Satz 2 HGB).

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung des Aktivpostens A. im Geschäftsjahr 2017

	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR
A. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.231.191,27	3.996.624,09
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.965.432,50	4.145.537,50
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	4.700.000,00	0,00
b) Schuldscheindarlehen	2.000.000,00	0,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	2.000.000,00	0,00
5. Summe A.	12.896.623,77	8.142.161,59

Angaben gemäß § 285 Nr. 18 HGB

	Buchwert 31.12.2017	Zeitwert 31.12.2017
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	497.249,14	497.050,00
insgesamt	497.249,14	497.050,00

Für die aufgeführten Kapitalanlagen sind Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB in Höhe von EUR 2.150,86 vorgenommen worden. Es wurden Abschreibungen in Höhe von EUR 199,14 unterlassen. Es ist ansonsten davon auszugehen, dass die Unterschreitung der Buchwerte nicht von Dauer sein wird.

Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Die Gesellschaft hält an keinen Sondervermögen mehr als 10 % der ausgegebenen Investmentanteile.

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
0,00	1.072.018,76	58.884,97	2.150,86	4.212.530,71	4.312.539,72
0,00	754.635,00	42.438,00	15.656,55	6.383.116,45	7.187.744,70
0,00	850.000,00	0,00	0,00	3.850.000,00	4.591.923,48
0,00	0,00	0,00	0,00	2.000.000,00	2.513.099,31
0,00	2.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	4.676.653,76	101.322,97	17.807,41	16.445.647,16	18.605.307,21

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. Kapitalanlagen

Der Zeitwert der ausgewiesenen Kapitalanlagen beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 18,6 Mio EUR (Vj. 14,8 Mio EUR). Darin sind Stille Reserven in Höhe von 2.159,9 T EUR (Vj. 1.949,6 T EUR) und Stille Lasten in Höhe von 0,2 T EUR (Vj. 25,2 T EUR) enthalten.

Für Aktien, Anteile und Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden als Zeitwert die Börsenkurse am Abschlussstichtag verwendet.

Der Zeitwert nicht börsennotierter festverzinslicher Kapitalanlagen mit fester Laufzeit wurde mittels Discounted-Cashflow unter Berücksichtigung risikoadäquater Zinsstrukturkurven zuzüglich Spreadaufschlag ermittelt. Die verwendeten Spreads wurden anhand von Vergleichspapieren gleicher Bonität, Region und Sicherheitenstruktur ermittelt.

Wertpapiere, die dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Aus dieser Bewertung ergaben sich Abschreibungen in Höhe von 13,8 T EUR (Vj. 17 T EUR). Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Bei den Fonds, Buchwert 3.412,5 T EUR (Vj. 473,6 T EUR) wurden Abschreibungen in Höhe von 2,2 T EUR (Vj. 17,3 T EUR) sowie Zuschreibungen von 16,5 T EUR (Vj. 0,0 T EUR) vorgenommen. Bei den Inhaberschuldverschreibungen, Buchwert 4.614,6 T EUR (Vj. 1.183,1 T EUR) wurden Abschreibungen in Höhe von 1,9 T EUR (Vj. 21,8 T EUR) sowie Zuschreibungen von 42,4 T EUR (Vj. 0,0 T EUR) vorgenommen.

A. 3. Sonstige Ausleihungen

Im Nominalwertportfolio der BD24 wurden im Geschäftsjahr keine weiteren kündbaren Anleihen erworben (Vj. 0,0 Mio EUR). Ende Dezember 2017 betrug der Bestand an kündbaren Anleihen 2,0 Mio EUR (Vj. 2,0 Mio EUR).

D. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Der Ausweis betrifft ausschließlich das Agio aus der Differenz zwischen Anschaffungswert und Nennbetrag gemäß § 341c Abs. 2 HGB.

Aktive latente Steuern

Zum 31. Dezember 2017 errechnen sich saldiert künftige Steuerentlastungen, die aus abweichenden Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanz resultieren. Dies betrifft die Kapitalanlagen und die Schadenrückstellungen.

Grundlage der Ermittlung der latenten Steuern sind aktivische Abweichungen in Höhe von 322.003,34 EUR (Vj. 228.820,95 EUR), die mit passivischen Abweichungen in Höhe von 104.457,89 EUR (Vj. 59.849,77 EUR) verrechnet, einen Gesamtsaldo von 217.545,45 EUR ergeben.

Im Rahmen der Steuerabgrenzung wurden passive latente Steuern von 31.525,39 EUR (Vj. 18.062,66 EUR, Veränderung im Geschäftsjahr 13.462,73 EUR) mit aktiven latenten Steuern von 84.006,29 EUR (Vj. 25.453,69 EUR, Veränderung im Geschäftsjahr 58.552,60 EUR) verrechnet.

Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts, auf den Ansatz eines Aktivüberhangs latenter Steuern zu verzichten (§ 274 Abs. 1 Satz 2 HGB), erfolgt kein Ausweis in der Bilanz.

Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital

Das gezeichnete Kapital von 13.500.000,00 EUR ist in 13.500.000 Stückaktien eingeteilt, von denen 3.500.000 voll eingezahlt und 10.000.000 zu 50 % eingezahlt sind. Die auf den Namen lautenden Aktien können nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden. Alleinaktionärin ist die HanseMercur Holding AG, Hamburg. Sämtliche Anteile an der HanseMercur Holding AG werden von der HanseMercur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit, Hamburg, gehalten.

B. II. 1. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – Bruttobetrag

Die vom Bruttobetrag der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abgesetzten Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen betragen 6.827,12 EUR (Vj. 6.650,15 EUR).

C. II. Andere Rückstellungen – Sonstige

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Jahresabschlusskosten	56.000,00	56.000,00
Tantieme	60.000,00	40.000,00
Lieferantenrechnungen	22.000,00	136.000,00
	138.000,00	232.000,00

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr	Vorjahr
selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
gebuchte Bruttobeiträge	23.017.396,89	27.559.615,31
verdiente Bruttobeiträge	25.497.892,97	26.951.241,30
verdiente Nettobeiträge	19.902.835,36	20.064.356,70
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	5.078.163,70	6.432.132,47
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	18.928.447,87	19.080.346,28
Rückversicherungssaldo	357.736,61	458.799,60
versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	1.133.544,79	979.962,95
versicherungstechnische Bruttorückstellungen insgesamt	6.019.146,78	8.658.579,26
davon Bruttorückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.105.184,26	1.264.120,66
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	0,00	0,00
Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge	426.390	411.848

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ausschließlich selbst abgeschlossenes Geschäft betrieben. Daher entspricht das selbst abgeschlossene dem gesamten Versicherungsgeschäft.

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Angaben zu den drei größten betriebenen Versicherungszweigen		
Reise-Rücktrittskostenversicherung		
gebuchte Bruttobeiträge	17.516.924,80	21.426.484,72
verdiente Bruttobeiträge	19.431.794,24	21.122.196,84
verdiente Nettobeiträge	13.920.019,62	14.363.999,71
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	3.708.253,37	4.701.625,74
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	14.616.757,87	15.320.485,82
Rückversicherungssaldo	275.989,62	333.839,13
versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	830.793,38	766.246,15
versicherungstechnische Bruttoreückstellungen insgesamt	4.374.027,34	6.400.934,69
davon Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	632.958,26	744.996,17
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	0,00	0,00
Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge	393.219	382.992
Krankenversicherung		
gebuchte Bruttobeiträge	3.463.025,31	3.900.782,21
verdiente Bruttobeiträge	4.147.906,58	3.520.762,09
verdiente Nettobeiträge	4.065.563,58	3.392.962,09
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	952.941,98	1.434.505,39
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2.906.391,76	1.835.413,54
Rückversicherungssaldo	81.623,00	127.080,00
versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	206.949,84	123.763,16
versicherungstechnische Bruttoreückstellungen insgesamt	977.045,54	1.801.042,81
davon Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	315.362,00	454.478,00
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	0,00	0,00
Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge	241.959	233.486
Reisegepäckversicherung		
gebuchte Bruttobeiträge	1.567.819,74	1.692.604,96
verdiente Bruttobeiträge	1.435.360,46	1.775.189,07
verdiente Nettobeiträge	1.435.360,46	1.775.189,07
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	417.491,58	290.559,17
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	956.050,91	1.420.978,29
Rückversicherungssaldo	0,00	0,00
versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	61.817,97	63.651,61
versicherungstechnische Bruttoreückstellungen insgesamt	602.304,73	376.611,94
davon Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	156.864,00	63.630,49
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	0,00	0,00
Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge	273.780	268.118

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Aus der Abwicklung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle resultiert ein Gewinn von 309.478,30 EUR (Vj. Verlust von 37.415,17 EUR) brutto bzw. 231.352,30 EUR (Vj. Verlust von 82.966,17 EUR) f. e. R.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und Ertrag entfällt mit 493.617,08 EUR (Vj. 610.417,45 EUR) auf das Geschäftsjahr und mit -41.502,38 EUR (Vj -86.737,75 EUR) auf Vorjahre.

Sonstige Angaben

Firma

Sitz der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG ist Berlin. Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg, Abteilung B, unter der Nr. 152599 eingetragen.

Das Unternehmen beschäftigt keine Mitarbeiter. Die anfallenden Arbeiten werden im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen von den Mitarbeitern der BD24 Berlin Direkt Service und Personalbetrieb GmbH und der HanseMercur Krankenversicherung AG ausgeführt.

Die Abschlussaufwendungen betragen 17.033.476,06 EUR (Vj. 16.852.862,87 EUR) und die Verwaltungsaufwendungen 1.894.971,81 EUR (Vj. 2.227.483,41 EUR).

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats erhalten keine Bezüge.

Ein Verzeichnis der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands unserer Gesellschaft befindet sich auf Seite 2 des Geschäftsberichts.

Konzernzugehörigkeit

Zum 31. Dezember 2017 wird von der HanseMercur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit, Hamburg, ein Konzernabschluss und -lagebericht erstellt, in den die BD24 Berlin Direkt Versicherung AG, Berlin, einbezogen wird. Der Konzernabschluss und -lagebericht wird beim Bundesanzeiger eingereicht und dort offen gelegt. Dieser hat befreiende Wirkung für die eigene Konzernrechnungslegungspflicht der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG, Berlin.

Abschlussprüferhonorar

Die Angaben zum Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im Konzernabschluss der HanseMercur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit, Hamburg.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Ablauf des Geschäftsjahres sind keine gemäß § 285 Nr. 33 HGB berichtspflichtigen Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres wie folgt zu verwenden:

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Bilanzgewinn	1.045.000,00	1.254.000,00
Ausschüttung einer Dividende	1.045.000,00	1.254.000,00
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	0,00	0,00

Hamburg, 28. Februar 2018

Der Vorstand



Dr. Kühne



Strahl

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG, Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der dort dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Zeitwertermittlung und Bewertung der Sonstigen Ausleihungen

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir im Einzelnen auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft auf den Seiten 16 und 20. Risikoangaben sind im Lagebericht auf den Seiten 8 und 9 enthalten.

Das Risiko für den Abschluss

Im Jahresabschluss der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG zum 31. Dezember 2017 werden Sonstige Ausleihungen in Höhe von TEUR 5.850 ausgewiesen, die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen betreffen und für die keine notierten Marktpreise vorliegen. Die Sonstigen Ausleihungen machen damit 28,4 % der Bilanzsumme aus und haben somit einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Da bei diesen Sonstigen Ausleihungen kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, muss der Zeitwert anhand alternativer Bewertungsverfahren ermittelt werden. Diese Verfahren basieren auf marktgestützten, gegebenenfalls durch Zu- und Abschläge korrigierten, oder auf geschätzten Inputfaktoren.

Da die alternativen Bewertungsverfahren einen hohen Grad an Komplexität aufweisen und nicht unwesentlich von Einschätzungen und Beurteilungen der Gesellschaft abhängig sind, besteht das grundsätzliche Risiko, dass das Bewertungsverfahren nicht sachgerecht bzw. fehlerhaft ist und zu falschen Zeitwerten führt. Für die Bilanzierung der Sonstigen Ausleihungen im Jahresabschluss ergibt sich daraus das Risiko, dass eine voraussichtlich dauernde Wertminderung nicht erkannt wird und eine Abschreibung daher unterbleibt bzw. bei einer Wertaufholung eine Zuschreibung unterbleibt.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfung der Sonstigen Ausleihungen haben wir unter Berücksichtigung der vorgenannten Risiken im Wesentlichen wie folgt durchgeführt:

- Wir haben den Prozess der Erhebung von Marktdaten in das Bestandsführungssystem für Kapitalanlagen sowie die Ermittlung der Inputfaktoren für Bewertungsmodelle geprüft.
- Wir haben weiterhin die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsmodelle in Bezug auf ihre finanzmathematische Eignung beurteilt. Unter Einbezug unserer Kapitalanlagespezialisten haben wir die Systematik der Parametrisierung gewürdigt. Die verwendeten Parameter haben wir mit aus beobachtbaren Marktdaten abgeleiteten Werten und internem Benchmarking verglichen.
- Wir haben anhand der im Rahmen unserer Prüfung gewonnenen Informationen beurteilt, bei welchen Sonstigen Ausleihungen Anhaltspunkte für einen Abschreibungsbedarf bestehen.
- Zur Sicherstellung der rechnerischen Richtigkeit des verwendeten Bewertungsmodells haben wir die Berechnungen der Gesellschaft in Stichprobe nachvollzogen.

Unsere Schlussfolgerungen

Die verwendeten Methoden sowie die zugrunde liegenden Annahmen zur Ermittlung der Zeitwerte der Sonstigen Ausleihungen sind angemessen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseren Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 19. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 14. Juli 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2014 als Abschlussprüfer der BD24 Berlin Direkt Versicherung AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

Im steuerlichen Bereich haben wir neben der Erstellung der Steuererklärungen Beratungen zu Einzelsachverhalten aus der Geschäftstätigkeit des Unternehmens vorgenommen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Clemens Jungsthöfel.

Hamburg, den 4. April 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Jungsthöfel
Wirtschaftsprüfer

gez. Lilje
Wirtschaftsprüfer

